

SESSIONSBERICHT

Nr. 26 • Frühling 2026



Ihr EVP-Team im Nationalrat

NIK GUGGER, ZH
nik.gugger@parl.ch
079 385 35 35

MARC JOST, BE
marc.jost@parl.ch
076 206 57 57

Frühjahrssession 2026: sparen, schützen, verbieten

Liebe Leserinnen und Leser

Nachdem wir mit diversen Sitzungen der Kommissionen oder auch des Europarates die Arbeit im neuen Jahr bereits längst aufgenommen haben, begann nun mit der Frühjahrssession das Politjahr auch wieder auf der grossen Parlamentsbühne.

Eine vergleichsweise ruhige Session liegt hinter uns. Lange Debatten über grosse Geschäfte (zwei Volksinitiativen und das Entlastungspaket 27) prägten die Sitzungen, wozu auch wir versuchten Akzente zu setzen. Neben wertvollen Begegnungen vor und hinter den Kulissen, dürften wir auch einige persönliche Erfolge verbuchen und gemeinsam mit anderen Parteien auf den Gewässerschutz – ein langjähriges EVP-Thema – aufmerksam machen.

Herzlichen Dank für Ihr Interesse und eine gute Lektüre!

Ihr EVP-Team im Nationalrat
Nik Gugger und Marc Jost

In diesem Bericht	Seite
Entlastungspaket 27	2
Cran Montana	2
Neutralitätsinitiative	3
Auslandsadoptionen	3
Stopfleber-Initiative	3
E-Collecting	4
Gewässerschutz	4
Härtefälle	5
WHO-Tabakkonvention	5
Antisemitismus/Rasismus	5
Eingereichte Vorstösse	6

Entlastungspaket 27



Wenn wir nichts tun, laufen die Bundesfinanzen aus dem Ruder. Finanzvorsteherin Keller-Sutter warnt schon lange, dass Ausgaben und Einnahmen mittelfristig aus dem Gleichgewicht geraten. Der Bundesrat hat deshalb ein Paket ausarbeiten lassen, welches Einsparungen in allen Bereichen enthielt. Das Ergebnis waren Entlastungen für die Jahre 2027 bis 2029 von total zwischen 2.4 und 3.1 Milliarden Franken.

Für langfristig gesunde Finanzen unterstützten wir das Anliegen. Die Schweiz soll auch morgen finanziell stabil und handlungsfähig bleiben und eine tiefe Verschuldung haben. Gleichzeitig warnten wir davor, künftigen Generationen mit gestrichenen Investitionen einen Infrastruktur-Schuldenberg zu hinterlassen. Für uns brauchte es deshalb sowohl Einsparungen als auch faire Mehreinnahmen. Leider wurden zusätzliche Einnahmen aber weitgehend vom Bundesrat und auch der bürgerlichen Mehrheit kategorisch abgelehnt.

Die Behandlung des Geschäfts zeigte schlussendlich aber das, was zu erwarten war: Alle Interessensgruppen bemühten sich, Einsparungen bei sich selbst zu verhindern. Der Bauernverband schlug zur Abwendung von Kürzungen im Agrarbereich sogar Agrarzölle vor – eine Schnapsidee zum Schaden der Bevölkerung, wie Nik Gugger in seinem Votum klar machte. Der Vorschlag wurde dann glücklicherweise auch abgelehnt.

Nachdem National- und Ständerat in erster Linie Einsparungen aus dem Paket strichen, blieben von den 2.4 bis 3.1 Milliarden noch 1.4 bis 2.0 Milliarden Franken, oder 60 Prozent vom ursprünglichen Sparpaket übrig.



Solidaritätsbeitrag für Opfer von Crans-Montana

Der Weg zurück von einer schweren Verbrennung ist schwer und lang. Brandverletzte von Crans-Montana und ihre Angehörige sind noch immer grosser Belastung ausgesetzt. Allein schon für Reise, Unterkunft und Verpflegung der Angehörigen, welche zum Beispiel ihre verletzten Kinder in einem spezialisierten Spital im Ausland besuchen, fallen hohe Kosten an.

Das Parlament hat deshalb auf Antrag des Bundesrates einen Solidaritätsbeitrag von 50'000 Franken pro Opfer gesprochen.

Wertvolle Begegnungen



Arbeitsbesuch bei Bundesrat Martin Pfister.



Marc Jost spielt mit den FC Nationalrat gegen die Mitarbeitenden des Verbands Schweizerischer Elektrizitätsunternehmen.



In dieser Session gab es diverse Verabschiedungen. Nik Gugger verabschiedet sich von langjährigen Nationalratskolleginnen und -kollegen.



Neutralitätsinitiative

Wir sind weltweit bekannt für unsere Neutralität. Sie ist ein wertvolles Instrument, das uns Unabhängigkeit gibt und es möglich macht, dass wir immer wieder Gastgeberin für Friedensverhandlungen sein können und so zu mehr Frieden beitragen.

Neutralität heisst also, dass wir nicht in Konflikte reingezogen werden und in der Diplomatie dennoch für unsere Werte eintreten können.

Die Neutralitätsinitiative der SVP möchte unsere Neutralität nun aber austauschen mit einer Egoismus-Neutralität, welche in der Aussenpolitik unsere Werte versteckt und eifrig mit Unrechtsstaaten geschäftet und damit gar Krieg mitfinanziert. Gegen dieses unethische und einschränkende Korsett wehrten wir uns. Die Schweiz soll sich weiterhin für das Völkerrecht aussprechen und gegen Aggressoren Sanktionen mittragen können.

Der Ständerat wollte der Initiative noch einen direkten Gegenentwurf entgegenstellen. Diesmal setzte sich aber der Nationalrat durch und wehrte sich dagegen, auf Druck der SVP einen unnötigen Verfassungsartikel aufzunehmen. Die Initiative wurde vom Parlament also zur Ablehnung empfohlen.

Verbot von Auslandsadoptionen

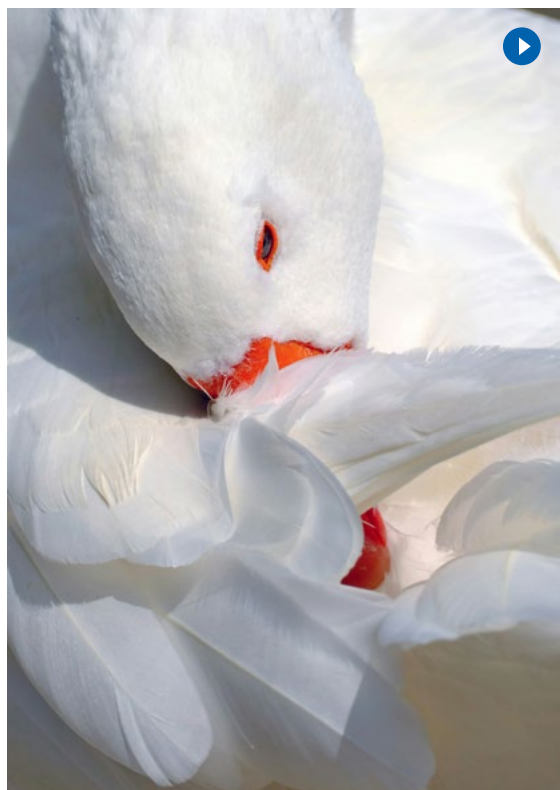
Seit über einem Jahr kämpft die EVP und an vorderster Front Adoptivkind Nik Gugger gegen die Pläne von Bundesrat Beat Jans, Auslandsadoptionen verbieten zu wollen. Nachdem unsere Petition «Auslandsadoptionen retten!» mit über 10'000 Unterschriften Druck aufbaute, wurde eine Kommissionsmotion im Nationalrat eingereicht, welche den Bundesrat verpflichtet, auf die Ausarbeitung eines Verbots zu verzichten und stattdessen strenge Regeln einzuführen. Der Nationalrat stimmte mit einer $\frac{3}{4}$ -Mehrheit zu, der Ständerat hingegen änderte die Motion so ab, dass die Verbots-Variante auch ausgearbeitet werden soll.

Für uns ist das keine Option, da das drohende Verbot bereits jetzt Adoptivfamilien stigmatisiert und Paare im langjährigen Adoptionsprozess grosse Unsicherheit bringt. Glücklicherweise sah das der Nationalrat weiterhin gleich wie wir und hielt an der ursprünglichen Motion fest. Nun gilt es den Ständerat doch noch zu überzeugen, damit ein Verbot definitiv vom Tisch ist.

Stopfleber-Initiative

Die Produktion von Stopflebern ist mit Qualen für Enten und Gänse verbunden. Sie werden mit einem Rohr im Hals mehrmals täglich Zwangsgefüttert, sodass ihre Leber verfettet und auf fast das Zehnfache anwächst. Die Tiere können dann kaum noch laufen und haben Mühe zu atmen. Die dadurch gewonnene Leber gilt dann speziell in der Romandie als Delikatesse. Die Produktion ist in der Schweiz aber wegen den verursachten Qualen verboten. Die Schweiz importiert aber grosszügig aus Frankreich. Die Stopfleber-Initiative möchte nun auch den Import verbieten.

Als EVP haben wir uns für ein Importverbot und damit für den Schutz von Tieren vor dieser Quälerei eingesetzt. Der indirekte Gegenvorschlag, welcher nun weiterverfolgt wird, geht uns zu wenig weit, denn er möchte lediglich die Importmenge prüfen und bei einem ausbleibenden Rückgang allenfalls Massnahmen ergreifen. Wenn ein Produkt aber von Grund auf besonders tierquälerisch erzeugt wird, macht eine etwas geringere Menge das Produkt nicht plötzlich unproblematisch. Wir gehen davon aus, dass das Anliegen vor dem Volk intakte Chancen haben wird.



Pilotbetrieb E-Collecting mit der E-ID

Wenn wir zur Unterzeichnung einer Initiative oder eines Referendums aufrufen, werden wir nicht selten gefragt, ob man das nicht am Computer machen könnte. Das Unterschriften-Sammeln ist aber leider noch immer nicht im digitalen Zeitalter angekommen und das obwohl der Skandal rund um gefälschte Unterschriften gezeigt hat, dass die Lösung mit Stift und Papier nicht sicherer ist, wie eine digitale Lösung.

Nun, mit der neuen E-ID steht eine sichere Infrastruktur bereit, um digital Unterschriften zu sammeln. Gemeinsam mit Mitgliedern fast aller Parteien, hat Nik Gugger einen Vorstoss eingereicht, der den Bundesrat beauftragt, dies in einem Pilotbetrieb zu testen.

Der Vorstoss wurde vom Nationalrat überwiesen und nun im Ständerat abgelehnt – jedoch nur aus formalen Gründen: Ein gleichlautender Vorstoss aus dem Ständerat wurde bereits in beiden Kammern angenommen und somit der Auftrag erteilt.



Gewässerschutz



Die SRF Rundschau hat empörendes aufgedeckt: Das Bundesamt für Umwelt von Bundesrat Rösti verzichtet auf Grenzwerte von extrem giftigen Pestiziden, nachdem sie den Bauernverband dazu exklusiv angehört hat. Dieses Vorgehen ist gesetzeswidrig, darauf wies das Bundesamt für Justiz das BfU hin, da landwirtschaftspolitische Argumente nicht in die Beurteilung für den Gewässerschutz einfließen dürfen.

Dazu musste Bundesrat Rösti uns Red und Antwort stehen: Gemeinsam mit der SP, Grünen und GLP verlangten wir eine dringliche Debatte zum Gewässerschutz, zu Pestiziden und Fällen von vergifteten Bächen, wie der Wyna im Kanton Luzern, in welchem der Grenzwert um über das viertausendfache überschritten wurde, und über PFAS, die als Ewigkeits-Chemikalien unsere Gewässer belasten und z.B. über Fische auf unserem Teller landen.

Politische Aktivitäten



Mit Public Eye übergibt Marc Jost eine Petition, welche den Bundesrat aufforderte, illegale Korruptionsgewinne der geschädigten Bevölkerung im Ausland zurückzugeben, statt dass die Schweizer Staatskasse von den Verbrechen Schweizer Unternehmen profitiert.



Nik Gugger als Komitee-Mitglied an der Lancierung der Internet-Initiative.



Marc Jost in einer Diskussion der parlamentarischen Gruppen «Rotes Kreuz» und «Globale Gesundheit» zum Thema Gesundheitsinfrastruktur in bewaffneten Konflikten.

Wartezeiten bei Härtefällen im Asylwesen

Wer in der Schweiz ohne Aufenthaltsbewilligung lebt, sei es wegen einer vorläufigen Aufnahme, einem abgelehnten oder ausstehenden Asylentscheid oder illegal ohne Papiere, kann nach einer Wartezeit ein Härtefallgesuch stellen. Mit genügend guter Integration und schwierigen Umständen kann man so doch noch eine Aufenthaltsbewilligung erhalten.

National- und Ständerat haben mit einer Motion gefordert, dass die Frist für solche Gesuche von fünf auf zehn Jahre erhöht werden soll. Eine Änderung, welche die Integration geschwächt und Perspektive genommen hätte. Marc Jost setzte sich deshalb schon in der Staatspolitischen Kommission dafür ein, dass dieser Entscheid abgeschwächt bzw. differenziert umgesetzt wird. Das gelang nun: Der Nationalrat beschloss, für Familien mit schulpflichtigen Kindern unabhängig von ihrem Status die Frist bei fünf Jahren zu belassen. Dasselbe gilt auch für vorläufig Aufgenommene, da diese zum Beispiel wegen Krieg in ihrer Heimat meist viele Jahre in der Schweiz bleiben. Für Asylsuchende soll die Frist neu auf acht Jahre und nur für Sans Papiers und abgewiesene Asylsuchende auf zehn Jahre erhöht werden.

Eine wichtige Kurskorrektur für die Integration und speziell für geflüchtete Familien.

WHO-Tabakkonvention weiterhin nicht ratifiziert



Die Schweiz ist im europäischen Vergleich Schlusslicht, wenn es um die Umsetzung wirkungsvoller Massnahmen gegen das Rauchen geht. Das liegt auch daran, dass man noch immer nicht die Tabakkonvention der WHO ratifiziert hat, welche die Staaten zu solchen Massnahmen verpflichtet.

Eine Motion wollte dies nun ändern. Trotz Engagement der EVP gelang es aber nicht: Die Tabaklobby und ihre Verbündeten stoppten das Engagement für mehr Prävention. Leider auch mit Unterstützung unserer Fraktionspartnerin.

Massnahmen gegen Antisemitismus und Rassismus

«Niemand sollte sich fragen müssen, ob er wegen seiner Herkunft, seiner Religion oder seiner Identität hier noch willkommen ist. Niemand sollte Diskriminierung, Hass oder Anfeindungen erleben müssen.»

Mit diesen Worten argumentierte Marc Jost als Kommissionssprecher für eine Motion aus dem Ständerat, welcher die Finanzierung von wirkungsvollen Projekten im Bereich der Bekämpfung von Rassismus und Antisemitismus sicherstellen möchte. Der Nationalrat folgte der Mehrheit seiner Kommission und dem Ständerat und überwies den Vorstoss an den Bundesrat.





In dieser Session eingereichte Vorstösse:

MARC JOST

[Dringliche Interpellation \(26.3042\)](#) – Hat der mangelnde Gewässerschutz in der Schweiz System? →

[Interpellation \(26.3428\)](#) – Braucht es eine Promillegrenze auf Schweizer Skipisten? →

[Interpellation \(26.3438\)](#) – Schutz der Gewässer vor besonders gefährlichen Pestiziden: Sind alle Möglichkeiten ausgeschöpft? →

[Interpellation \(26.3488\)](#) – Kinderarbeit und sklavenähnliche Arbeitsbedingungen in der Kakao-Lieferkette von Barry Callebaut →

[Frage \(26.7246\)](#) – Aktuelle Bedeutung des Schutzmandats im Iran →

[Frage \(26.7112\)](#) – Welche Bedeutung hat die Bestäubung für die Schweizer Esskultur und für die Abwechslung auf unseren Tellern? →

[Alle Vorstösse von Marc Jost](#) →

NIK GUGGER

[Postulat \(26.3504\)](#) – Demokratie stärken – mit einem Vertretungsreglement für den Nationalrat? →

[Interpellation \(26.3461\)](#) – Vom Ausland lernen: Minderjährige im digitalen Raum besser schützen. →

[Frage \(26.7072\)](#) – Wie kann es sein, dass der Bundesrat den Konsum gesundheitsschädlicher Produkte bekämpft, gleichzeitig aber deren Produktion fördert? →

[Frage \(26.7279\)](#) – Ist der Bundesrat bereit, eine kohärente Finanzierungs politik einzuführen und so das Bundesbudget zu entlasten? →

[Alle Vorstösse von Nik Gugger](#) →